



Karl-Heinz Florenz

Mitglied des Europäischen Parlaments

Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit

EU-Kommunal

Nr. 10/2014

vom 7.10.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Informationsdienst EU-Kommunal möchte ich Sie regelmäßig über alle wichtigen Ereignisse und Neuigkeiten aus und über die Europäische Union informieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Informationen, die für Sie vor Ort in den Städten und Gemeinden in Deutschland unmittelbar relevant sind. Dazu gehören neue Förderprogramme genauso wie Gesetzgebungsvorhaben oder neue Informationsangebote im Internet.

Da dieser Newsletter nur einen Überblick über die vielfältigen Themen bieten kann, sind den einzelnen Nachrichten Links zu ausführlicheren Informationen im Internet beigefügt. Ich hoffe, Ihnen so einen möglichst unkomplizierten Zugang zu den für Sie relevanten Neuigkeiten aus der EU bieten zu können.

Über Anregungen, Kritik oder positive Rückmeldungen würde ich mich freuen.

Mit den besten Wünschen

Karl-Heinz Florenz MdEP

Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit, Lebensmittelsicherheit

Groß Opholt
47506 Neukirchen-Vluyn
Tel: 02845 77171
Fax: 02845 10995

Europäisches Parlament
ASP 10 E 240/242
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel: 0032-22831523
Fax: 0032-22849320

www.karl-heinz-florenz.de

www.facebook.com/khflorenz

Für den eiligen Leser

1. **Umweltfreundliche Beschaffung** - Kommunen erhalten im Bereich der grünen Beschaffung kostenfreie Beratung.
2. **Satellitengestützten Dienstleistungen** - Welche satellitengestützten Dienstleistungen sind für die Kommunen von Interesse?
3. **Altersgerechten Quartiersentwicklung** - Es gibt eine Handlungsanregung zur altersgerechten Quartiersentwicklung.
4. **Hochwasserschutz** - Die Kommission hat zwei Hochwasserschutzprogramme für Küstengemeinden vorgestellt.
5. **Aktives Altern/Evaluierung** - Über das Europäische Jahr 2012 gibt es einen Umsetzungs- und einen Evaluierungsbericht.
6. **Bürokratiestopp** - Die EVP Fraktion will durch EU-Vorschriften verursachte Bürokratien verhindern.
7. **Binnenmarkt/Hindernisse** - Innerhalb der EU erschweren zahlreiche bürokratische Hürden für deutsche (insbes. Bau-) Unternehmen das Auslandsgeschäft.
8. **Straßengüterverkehr in Zahlen** - In der EU28 verringerte sich der gesamte Inlandgüterverkehr zwischen 2007 und 2012 um 11,7%.
9. **Tankstellen** - Künftig müssen Tankstellen alternative Kraftstoffe anbieten.
10. **Baumaschinen** - Mobile Maschinen, z.B. Baumaschinen, sollen durch Verschärfung der Emissionsgrenzwerte umweltfreundlicher werden.
11. **Gesundheitsversorgung/Operationshäufigkeit** - Nicht nur in Deutschland ist die Operationshäufigkeit sehr unterschiedlich.
12. **Alkoholmissbrauch** - Das Parlament hat einen Aktionsplan gegen den Alkoholkonsum von Minderjährigen gefordert.
13. **Patientenportal/EU Ausland** - Ein Internetportal informiert über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zwischen Deutschland und dem EU-Ausland.
14. **Erasmus „zahlt“ sich aus** - Ein Studium oder Praktikum im Ausland erhöht die Berufschancen.
15. **Sprachen** - Zwei Drittel der Erwachsenen in der EU28 beherrschen eine Fremdsprache.
16. **Studentenvisum** - Studenten aus aller Welt haben in allen EU Staaten ein bevorzugtes Aufenthaltsrecht zu Studienzwecken.
17. **Bibliotheken/Urheberrechte** - Bibliotheken dürfen Werke aus ihrem Bestand digitalisieren, um sie an elektronischen Leseplätzen bereitzustellen.

18. **Junglandwirte** - Es gibt ein Online-Portal für Junglandwirte und Jugendliche in den ländlichen Gebieten der EU.
19. **Pferdepass/strengere Regeln** - Künftig müssen bereits Fohlen mit einem Pass und einem Mikrochip ausgestattet werden.
20. **Klimareport/Adenauerstiftung** - Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihren dritten Klimareport vorgelegt.
21. **Wasser/Arbeitsgruppe** - Die Parlamentsarbeitsgruppe Wasser wird in der neuen Legislaturperiode ihre Arbeit fortsetzen.
22. **Betrugsbekämpfung/Jahresbericht 2013** - Der Jahresbericht 2013 zur Betrugsbekämpfung liegt vor.
23. **Scheinehen** - Die Kommission hat ein Handbuch mit Leitlinien zur Bekämpfung von Scheinehen veröffentlicht (z.Zt. nur Englisch).
24. **Sportwettkämpfe/Manipulation** - Die Sportminister des Europarats haben eine Konvention gegen die Manipulation von Sportwettkämpfen verabschiedet.
25. **Arbeitsverwaltungen/Netzwerk** - Auf EU-Ebene ist ein Netzwerk aller öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV) eröffnet worden.
26. **OECD/Jahrbuch 2014** - Das statistische Jahrbuch 2014 der OECD liegt vor.
27. **EU in Zahlen** - Die EU stellt 7% der Weltbevölkerung und 23% des weltweiten Bruttoinlandsprodukts.
28. **OECD-Bericht „Bildung“** - Je höher der Bildungsabschluss, desto höher das Einkommen.
29. **Tourismusförderung für Kommunen** - In einer Studie werden die Fördermöglichkeiten für Kommunen im Tourismusbereich erläutert.
30. **geb. ist „gestorben“** - Das Kürzel „geb.“ muss aus den deutschen Reisepässen verschwinden.
31. **Unionsbürgerschaft** - Es gibt ein Internetportal zur Unionsbürgerschaft.

1. Umweltfreundliche Beschaffung

Kommunen erhalten im Bereich der grünen Beschaffung kostenfreie Beratung.

Außerdem ist es möglich, sich bei Ausschreibungen von sog. Leuchtturmprojekten in den Bereichen Bauen, IT und Beleuchtung professionell begleiten zu lassen. Das EU Programm Green ProcA unterstützt besonders Städte und Gemeinden, die Mitglied im Konvent der Bürgermeister sind und einen Aktionsplan für nachhaltige Energie (SEAP) aufgestellt haben. Programmziel ist es, die Öffentliche Beschaffung umweltfreundlicher und insgesamt „grüner“ zu machen. Das von der Berliner Energieagentur koordinierte Projekt ist jetzt online gegangen. Damit können sich Beschaffer über die Projektinhalte informieren, Nachrichten zum Thema Beschaffung abrufen und verschiedene Leitfäden und Berechnungshilfen downloaden.

- Webseite <http://gpp-proca.eu/de/>

2. Satellitengestützten Dienstleistungen

Termin: 31.10.2014

Welche satellitengestützten Dienstleistungen sind für die Kommunen von Interesse?

Diese Fragestellung ist Gegenstand einer Online-Konsultation über das europäische Erdbeobachtungsprogramm Copernicus (ehemals GMES). Die in diesem Programm angebotenen satellitengestützten Dienstleistungen und Daten über Umwelt und zivile Sicherheit werden z.Zt. nur in geringem Maße von öffentlichen Verwaltungen genutzt. Im Rahmen der Konsultation können aus einem vorgegebenen Katalog von 12 Bereichen max. drei Themen ausgewählt werden. Die Konsultation dient der Vorbereitung von thematischen Workshops für lokale und regionale Ämter und Behörden. Damit soll u.a. auf das Potential von Copernicus aufmerksam gemacht, aber auch mehr über die Bedürfnisse und Schwierigkeiten der Verwaltungsebene beim Einsatz von Copernicus Daten in Erfahrung gebracht werden. Die Konsultation richtet sich ausschließlich an lokale und regionale Ämter und Behörden und läuft bis zum 31. Oktober 2014.

- Konsultation <http://bit.ly/1x1lvCG>

3. Altersgerechten Quartiersentwicklung

Es gibt eine Handlungsanregung zur altersgerechten Quartiersentwicklung. Mit diesen Entwicklungsmaßnahmen soll erreicht werden, dass ältere Menschen so lange wie möglich im gewohnten Lebensumfeld bleiben können. Dafür sind nicht nur Wohnraum und Wohnumfeld wichtig, sondern auch altersgerechte Mobilität, Nahversorgung, adäquate Pflege und Betreuungsangebote sowie Gemeinschaftseinrichtungen „in Pantoffelnähe“. In der Darstellung werden Projekte aus Leipzig, Berlin und Arnstadt, sowie verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten dargestellt. Es handelt sich um Modellprojekte, die im Rahmen des EU-Projekt HELPS (Teil des INTERREG IV-B Programmes) in sechs mitteleuropäischen Ländern gefördert werden, um ein Leben im Alter in vertrauter Umgebung zu ermöglichen.

Nach einem Prognosegutachten vom 22.7.2014 werden allein in Deutschland für die Personengruppe der über 65-jährigen mit Bewegungseinschränkungen (ohne stationäre Pflegebedürftige) im Jahr 2030 ein Bedarf von ca. 3,6 Millionen altersgerechten Wohnungen prognostiziert. Diesem Bedarf steht ein Angebot von lediglich 1,34 Millionen altersgerechten Wohnungen gegenüber.

- Handlungsanregung (48 Seiten) <http://bit.ly/1uSwdZU>

- Prognos 22.7.2014 <http://bit.ly/XWU5Po>

4. Hochwasserschutz

Die Kommission hat zwei Hochwasserschutzprogramme für Küstengemeinden vorgestellt. Dabei geht es um ein Frühwarnsystem für Küstenstürme (Projekt „MICORE“) sowie um die Erstellung eines Konzepts für lokale Behörden und Bauherren zum Schutz von Menschen und Wohnungen vor Hochwasser (Projekt „THESEUS“). Damit sollen u.a. die Gemeinden in die Lage versetzt werden, sich im Voraus auf Unwetter und mögliches Hochwasser einzustellen sowie das Hochwasserrisiko schon bei der Planung zu berücksichtigen.

Das Projekt „MICORE“ ist ein System zur Früherkennung von Umweltkatastrophen, die ihren Ursprung im Meer haben. Das System liefert Daten zu den Wellen- und Gezeitenbedingungen und kann Daten für die gesamten Küstenlinien vom Mittelmeer über die Nordsee bis zum Baltikum liefern und lässt sich auf verschiedene Arten von Küstengebieten anwenden. Damit sollen Katastrophenvorhersagen und Katastrophenabwehrverfahren verbessert werden.

Das Projekt „THESEUS“ gibt Orientierungshilfen und Empfehlungen, um Bauträgern und lokalen Behörden dabei zu helfen, für die Sicherheit von Gebäuden und Infrastrukturen zu sorgen. Die Entscheidungsträger müssen lediglich online die örtlichen Bedingungen eingeben, um einen Vorschlag zu erhalten. Es gibt auch ein Handbuch zum Projekt, und eine Reihe von Informationsblättern, die helfen sollen, die Stärken und Schwächen bestehender Maßnahmen zu ermitteln und festzustellen, welches die größten Herausforderungen sind, auf die reagiert werden muss.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/Z9Mq0h>
- MICORE <http://bit.ly/1s1LQNM>
- THESEUS <http://bit.ly/1ut4saq>

5. Aktives Altern - Evaluierung

Über das Europäische Jahr 2012 gibt es einen Umsetzungs- und einen Evaluierungsbericht. Als eines der herausragenden Ergebnisse des Jahrs für aktives Altern und Solidarität würdigt die Kommission die vom (Sozial-) Ministerrat am 7.12.2012 verabschiedeten (19) Leitlinien für aktives Altern. Diese beschreiben geeignete politische Reaktionen auf das Altern der Bevölkerung. Die Gliederung der 19 Leitlinien orientiert sich an den Themenbereichen „Beschäftigung“, „Gesellschaftliche Teilhabe“ und „Unabhängiges Leben“.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1Bqej0J>
- Umsetzungsbericht der Kommission vom 15.9.2014 <http://bit.ly/1rt8P2N>
- Evaluierungsbericht (Englisch, 228 Seiten) <http://bit.ly/1Bqej0J>
- Zusammenfassender Bericht (Deutsch, 10 Seiten) <http://bit.ly/ZiPgkx>
- Leitlinien vom 7.12.2012 <http://bit.ly/1oo2QZK>

6. Bürokratiestopp

Die EVP Fraktion will durch EU-Vorschriften verursachte Bürokratien verhindern.

Als Sofortmaßnahme ist eine Beobachtungsstelle gegen bürokratische Exzesse gegründet worden, die als Fraktionsarbeitskreis "Red Tape Watch" jedes EU-Gesetz auf Überregulierung und Mittelstands-Tauglichkeit überprüfen soll. Des Weiteren soll dem in der Kommission für bessere Rechtsetzung und Deregulierung zuständigen 1. Vizepräsidenten im Kampf gegen neue Bürokratien ein Vetorecht und klare Durchgriffsmöglichkeiten eingeräumt werden. Als langfristiges Ziel ist als institutionalisiertes Kontrollgremium die Einrichtung eines Europäischen Normenkontrollrats angedacht, der die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips überwachen und die bürokratischen Folgekosten neuer EU-Vorschriften messen soll.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1r6p2fh>

7. Binnenmarkt – Hindernisse

Innerhalb der EU erschweren zahlreiche bürokratische Hürden für deutsche (insbes. Bau-) Unternehmen das Auslandsgeschäft.

Das zeigen 30 Beispiele aus zehn EU-Staaten, die der DIHT über die deutschen Auslandshandelskammern ermittelt hat. Generell ist danach u.a. das Verfahren zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen äußerst unübersichtlich. Hinzu kommen Tarifbindungen im Zielland, sowie unterschiedliche Steuergesetze und Versicherungspflichten. Trotz einheitlicher Rahmenbedingungen variieren die Anforderungen bei der steuerlichen Registrierung, der Anmeldung und sozialen Absicherung von Mitarbeitern oder Regeln für den Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz. Viele der sog. „einheitlichen Ansprechpartner“, die die Unternehmen unterstützen sollen, kommunizieren nur in ihrer Landessprache und notfalls noch in Englisch und sind auch kaum bei den Unternehmen bekannt. Umfangreiche Erschwernisse wurden für Belgien und Dänemark gemeldet. Aber auch in Frankreich, Großbritannien, Kroatien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Schweden und Slowenien sind spezielle Hürden von Unternehmen zu überwinden, wenn deutsche Unternehmen dort Geschäfte tätigen wollen.

- Pressemitteilung und Umfrage <http://bit.ly/1gyYpRi>

8. Straßengüterverkehr in Zahlen

In der EU28 verringerte sich der gesamte Inlandgüterverkehr zwischen 2007 und 2012 um 11,7%.

Deutschland lag im europaweiten Straßengüterverkehr im Jahr 2012 an der Spitze, sowohl beim inländischen als auch beim internationalen Straßengüterverkehr. 24,4% der Tonnenkilometer (tkm) des gesamten Aufkommens im Straßengüterverkehr (dies entspricht 398 Milliarden tkm) entfielen auf deutsche Straßen, davon im inländischen Straßengüterverkehr 253 536 tkm = 63,8% und im internationalen Straßengüterverkehr 144 013 tkm = 36,2%. Die Zahlenangaben von Eurostat berücksichtigen nicht den See- und Luftverkehr, sowie die Pipelines

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1thWtZf>

9. Tankstellen

Künftig müssen Tankstellen alternative Kraftstoffe anbieten. Die vom Parlament am 15.4.2014 verabschiedete Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe betrifft den Ausbau von Tankstellen, Ladestationen und Bunkerstationen für Flüssigerdgas (LNG), komprimiertes Erdgas (CNG) und Strom für Landfahrzeuge und Schiffe. Bereits bis Ende 2016 müssen die Mitgliedstaaten in enger Zusammenarbeit mit den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Pläne für die Versorgung mit alternativen Kraftstoffen aufstellen und ihre nationalen Strategierahmen vorlegen. Je nach Kraftstoff, Fahrzeugart und Einsatzgebiet muss die konkrete Umsetzung zwischen 2020 und 2030 erfolgen.

Die Verbraucher müssen klare Angaben über die in einem Fahrzeug verwendbaren Kraftstoffe erhalten und in den Kraftfahrzeughandbüchern, bei den Händlern sowie an den Tankstellen und Ladestationen müssen einheitliche Kennzeichnungen verwendet werden. Ferner sollen den Verbrauchern genaue Informationen bereitgestellt werden, damit sie die Preise alternativer und herkömmlicher Kraftstoffe miteinander vergleichen können. Schließlich müssen die Ortsangaben für öffentlich zugängliche Tankstellen und Ladestationen allgemein zugänglich sein. Nachdem der Rat am 29.9.2014 der Richtlinie zugestimmt hat, tritt diese 20 Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

- Pressemitteilung vom 29.9.2014 <http://bit.ly/1pDv16a>
- Parlament vom 15.4.2014 <http://bit.ly/1tdnL38>
- Pressemitteilung vom 15.4.2014 <http://bit.ly/10iC8MH>

10. Baumaschinen

Mobile Maschinen, z.B. Baumaschinen, sollen durch Verschärfung der Emissionsgrenzwerte umweltfreundlicher werden. Das sieht eine Verordnung vor, die nicht nur die Senkung der Emissionen, sondern zugleich eine Vereinfachung durch Typengenehmigung ermöglichen soll. Der heute bestehende Flickenteppich von 28 einschlägigen nationalen Regelungen und eine komplexe EU-Richtlinie (RL 97/68/EG) mit insgesamt 15 Anhängen aus dem Jahr 1997 sollen ersetzt werden. Bei den mobilen Maschinen mit sog. Offroad-Motoren handelt es sich um Fahrzeuge und Geräte, die nicht für den Straßenverkehr zugelassen sind. Darunter fallen z.B. Baumaschinen (Bagger, Lademaschinen, Planiermaschinen, Radlader, Bulldozer usw.), landwirtschaftliche Maschinen (Erntemaschinen, Kultivatoren usw.) und sogar Triebwagen, Lokomotiven und Binnenschiffe, aber auch Gartengeräte, wie Rasenmäher oder Kettensägen. Die in den mobilen Maschinen und Geräte eingebauten Motoren tragen erheblich zur Luftverschmutzung bei. Auf sie entfallen etwa 15 % des Ausstoßes an Stickoxiden (NOx) sowie 5 % der Emissionen an Partikelmaterie (PM) in der EU.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1s3tlUW>
- Verordnungsentwurf <http://bit.ly/1xWovki>
- RL 97/68/EG <http://bit.ly/1vHuy7S>

11. Gesundheitsversorgung – Operationshäufigkeit

Nicht nur in Deutschland ist die Operationshäufigkeit sehr unterschiedlich. In manchen Orten werden z.B. acht Mal mehr Einwohner an Mandeln operiert als in anderen Städten und Kreisen. Große regionale Unterschiede gibt es auch bei der Entfernung des Blinddarms, der Prostata oder beim Einsetzen eines Defibrillators am Herzen. In einem Faktencheck wurden auch Kaiserschnitte, die Entfernung der Gebärmutter, der Gallenblase, sowie Bypass-Operationen und Kniegelenk–Erstimplantationen analysiert. Seit 2007 beobachtet die Bertelsmann-Stiftung die Häufigkeit von Operationen in allen 402 deutschen Kreisen und kreisfreien Städten. Dabei wurde festgestellt, dass rein medizinisch derart hohe Abweichungen ebenso wenig zu erklären sind, wie durch Alters- oder Geschlechtsstrukturen. Vergleichbare Untersuchungen der OECD bestätigen auch in anderen Ländern erhebliche Unterschiede in der Operationshäufigkeit. In dem Fehlen klarer medizinischer Leitlinien wird die Gefahr gesehen, dass sich die regionalen Unterschiede weiter vergrößern. Daher sollte es, so die Gutachter, für alle operativen Eingriffe Leitlinien geben, die den Handlungskorridor der Ärzte definieren und die strenger kontrolliert werden – bei aller notwendigen ärztlichen Entscheidungsfreiheit im Einzelfall.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1sRrhA5>
- Faktencheck <http://bit.ly/1tGow64>

12. Alkoholmissbrauch

Das Parlament hat einen Aktionsplan gegen den Alkoholkonsum von Minderjährigen gefordert. In einer vom Gesundheitsausschuss verabschiedeten Entschließung über eine EU - Strategie gegen Alkoholmissbrauch wird betont, dass der Schwerpunkt des Aktionsplans auf einer Verringerung des Alkoholkonsums liegen müsse. Denn für Minderjährige reichen bloße Selbstregulierungsinitiativen und Verhaltenskodizes nicht aus, sondern müssen von rechtlich verbindlichen Anforderungen flankiert werden. Die Kommission wurde aufgefordert, bis spätestens September 2014 einen Europäischen Aktionsplan für die Minderung der schädlichen Wirkungen des Alkohols vorzulegen. Zugleich wurde eine Reform des Europäischen Forums für Alkohol und Gesundheit (CNAPA) angemahnt, eine Plattform, in der neben Ärzteverbänden und Gesundheitsorganisationen auch Vertreter der Alkoholindustrie am Tisch sitzen. Das Forum hat am 16.09.2014 einen eigenen Aktionsplan zum Thema „Alkoholkonsum von Jugendlichen und episodischer Alkoholexzess (Koma-Trinken)“ mit folgenden Schwerpunkten vorgelegt: Reduzierung von Alkoholexzessen, des Zugangs zu alkoholischen Getränken für Jugendliche, von Alkoholwerbung und von alkoholbedingter Schäden während der Schwangerschaft.

- Entschließung Gesundheitsausschuss <http://bit.ly/1tLKUO0>
- Websites zum Thema "Alkohol" <http://bit.ly/1v5Q7Pn>
- CNAPA (Englisch, 31 Seiten) <http://bit.ly/1snpx13>

13. Patientenportal – EU Ausland

Ein Internetportal informiert über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zwischen Deutschland und dem EU-Ausland. Informationsgrundlage der wettbewerbsneutralen Plattform sind die einschlägigen europäischen und nationalen Vorschriften. Beantwortet werden u.a. folgende Fragestellungen:

- Welche Möglichkeiten bestehen für eine Behandlung in einem anderen Mitgliedstaat, EWR-Staat oder in der Schweiz? Welche Vor- und Nachteile haben diese? Welche Risiken sind damit verbunden?
- Welche Ansprüche haben Patienten, die aus anderen EU-Staaten nach Deutschland zur Behandlung kommen? Worauf ist zu achten, wenn diesen Personen eine Verordnung ausgestellt wird und wie erfolgt die Abrechnung der Kosten?
- Patientenportal <http://www.eu-patienten.de/>

14. Erasmus „zahlt“ sich aus

Ein Studium oder Praktikum im Ausland erhöht die Berufschancen. Das belegt eine umfassende Studie zu den (Nach-) „Wirkungen eines Stipendiums des EU-Austauschprogramms Erasmus“. Der Studie liegt die Befragung von 80.000 Studierenden und Unternehmen aus 34 europäischen Ländern zugrunde. Danach erhalten einstige Erasmusstipendiaten schneller einen Arbeitsplatz und werden seltener arbeitslos. U.a. ermittelt die Studie folgendes:

- 64% der Arbeitgeber (2006 noch 37%) sehen in Auslandserfahrungen einen wichtigen Faktor für die Beschäftigungsfähigkeit.
- Über ein Drittel der Erasmus-Studierenden mit Auslandspraktikum wurde anschließend im betreffenden Unternehmen eingestellt bzw. erhielt ein Stellenangebot.
- Fast jede/r zehnte Erasmuspraktikant/in hat sich selbständig gemacht.
- 5 Jahre nach Studienende ist die Arbeitslosenquote der mobilen Studierenden um 23 % niedriger als bei nichtmobilen Studierenden.
- 64% der Arbeitgeber übertragen an Mitarbeiter/innen mit internationaler Erfahrung mehr berufliche Verantwortung.
- 77 % der Erasmus-Stipendiaten haben 10 Jahre nach dem Studienabschluss Führungsaufgaben.
- Bei Erasmus-Studierenden ist die Wahrscheinlichkeit, eine Managementposition zu erreichen, um 44 % höher.

Mit einem ganz besonders nachhaltiges Ergebnis wartet schließlich die Kommission auf: Nach ihren Schätzungen sind seit Programmbeginn 1987 etwa eine Million Kinder aus Erasmus-Partnerschaften hervorgegangen.

Deutschland war im Studienjahr 2012/13 mit rund 39.000 Studenten das drittgrößte Entsendeland für Erasmusstudenten. Beliebteste Zielländer der Deutschen sind Spanien, Frankreich und Großbritannien. Bei den Erasmusstudenten aus dem Ausland war Deutschland mit einem europäischen Anteil von 11 % (= 30.368) das zweitbeliebteste Studienland nach Spanien.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1BJ9v6G>
- Erasmus Studie (Englisch, 229 Seiten) <http://bit.ly/1qZLxne>
- Wichtige Ergebnisse <http://bit.ly/1BJ9v6G>

15. Sprachen

Zwei Drittel der Erwachsenen in der EU28 beherrschen eine Fremdsprache. Nach einer Erhebung von Eurostat war Englisch im Jahr 2012 die Fremdsprache, welche die meisten Schülerinnen und Schüler (96,7 %) in der Sekundarstufe I erlernten, 34,1 % lernten Französisch, 22,1 % Deutsch und 12,2 % Spanisch. In Deutschland stieg die Zahl der in Sekundarstufe I Englisch Lernenden von 94,8 % auf 100 % im Jahr 2012 an, die der Französisch Lernenden von 23,2 % (2005) auf 25,1 % (2012); ein Anstieg ist auch bei Spanisch zu verzeichnen (2005: 1,8 %; 2012: 3,7 %).

- Pressemitteilung Eurostat <http://bit.ly/1tsckEG>

16. Studentenvisum

Studenten aus aller Welt haben in allen EU Staaten ein bevorzugtes Aufenthaltsrecht zu Studienzwecken. Die Voraussetzungen für ein entsprechendes Studentenvisum von mehr als 3 Monaten sind abschließend geregelt, in der EU-Richtlinie vom 13.12.2004 über die „Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst“. Es ist den Mitgliedstaaten daher nicht erlaubt, zusätzliche Zulassungsbedingungen einzuführen. In dem vom EuGH am 10.9.2014 (C-491/13) entschiedenen Fall, ging es um einen tunesischen Mathematikstudenten, dem die deutschen Behörden ein Studentenvisum verweigert hatte. Die deutschen Behörden hatten Zweifel an der Motivation für ein Studium in Deutschland, insbesondere wegen ungenügender Noten, zu geringer Deutschkenntnissen und mangelndem Zusammenhang zwischen der angestrebten Ausbildung und den beruflichen Plänen. Demgegenüber stellte der EuGH fest, dass der Student alle von der Richtlinie vorgesehenen Bedingungen erfüllt und auch keine Bedrohung für die öffentliche Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit darstellt. Das Studentenvisum war daher zu erteilen

- Pressemitteilung EuGH <http://bit.ly/1pzjQeU>
- Urteil EuGH vom 10.9.2014: <http://bit.ly/1DLRjNE>
- Richtlinie vom 13.12.2004 <http://bit.ly/1rsStXO>

17. Bibliotheken – Urheberrechte

Bibliotheken dürfen Werke aus ihrem Bestand digitalisieren, um sie an elektronischen Leseplätzen bereitzustellen. Zugleich hat aber der Gerichtshof der EU am 11.9.2014 (C-117/13) entschieden, dass ohne Zahlung eines gerechten Ausgleichs an die Rechtsinhaber kein Ausdruck auf Papier oder Speicherung auf einem USB-Stick erfolgen darf. Denn der Ausdruck oder die Speicherung sind Vervielfältigungshandlungen, die nicht durch das Recht der Bibliotheken zur Wiedergabe auf eigens hierfür eingerichteten Terminals gedeckt werden.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/ZhHEym>
- Urteil vom 11.9.2014 <http://bit.ly/1vor5eq>

18. Junglandwirte

Es gibt ein Online-Portal für Junglandwirte und Jugend in den ländlichen Gebieten der EU. Junglandwirte spielen für die Lebendigkeit und wirtschaftliche Leistung in den ländlichen Regionen eine zentrale Rolle. Junglandwirte machen jedoch nur noch 6 % der aktiven Landwirte in der EU aus. Deshalb bietet der Landwirtschaftsfonds (ELER) Maßnahmen zur Förderung der Niederlassung von Junglandwirten, aber auch aktive Unterstützungsangebote, Schulungen, Dienstleistungen und Info-Möglichkeiten. Das eigens für die Zielgruppe der Junglandwirte gestaltete Internet-Portal erweitert nun das Informationsangebot und rundet es ab.

In der EU sind in der Landwirtschaft die Zahl der Vollarbeitsplätze von 2000 - 2012 um 4,8 Mio. auf 10,1 Mio zurückgegangen. Dabei entfielen 70% der weggebrochenen Arbeitsplätze auf die 12 Mitgliedstaaten, die 2004 und 2007 der EU beigetreten sind. In Deutschland betrug der Rückgang 159.000 (-23 %) auf 525.000 Vollzeitkräfte im Jahr 2012.

- Portal <http://bit.ly/1mPcNUX>

19. Pferdepass – strengere Regeln

Künftig müssen bereits Fohlen mit einem Pass und einem Mikrochip ausgestattet werden. Der Pass dient auch als Krankenakte und wird das Pferd lebenslang begleiten. Als weitere Reaktion auf den Pferdefleischskandal muss jeder Mitgliedstaat eine zentrale Datenbank einrichten, um die Pass- und Chipangaben besser austauschen und kontrollieren zu können. Das sieht eine Novelle der Verordnung zur Registrierung und Identifizierung von Pferden vor, die am 1. Januar 2016 in Kraft tritt. Damit soll verhindert werden, dass nicht für den menschlichen Verzehr bestimmtes Pferdefleisch in der Lebensmittelkette landet.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1uvWu1u>
- Weiteres zu Pferdepassen <http://bit.ly/1pzk4m6>

20. Klimareport – Adenauerstiftung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihren dritten Klimareport vorgelegt. Er vermittelt einen weltweiten Überblick zu den nationalen klima- und energiepolitischen Wahrnehmungen in 56 Ländern. Dabei kann nach Weltregionen eine grobe Entwicklung abgelesen werden. Während die politische Wahrnehmung des Klimawandels in Europa, Kanada, Südkorea und Japan langsam abnimmt, sind in anderen Industriestaaten wie den USA, aber auch in Schwellenländern wie China und einer Vielzahl von Entwicklungsländern, entgegengesetzte Entwicklungen zu beobachten. Weltweit sind die erneuerbaren Energien mittlerweile zu einer echten Ergänzung bestehender Energieversorgungssysteme geworden. Staaten wie Deutschland, die den nahezu vollständigen Einstieg in die Erneuerbaren im Rahmen einer Energiewende anstreben, werden dabei sehr aufmerksam verfolgt, um von ihrer Lernkurve profitieren zu können. Interessant ist dabei, dass die Wahrnehmung der deutschen Energiewende weniger mit einer klimapolitischen Motivation verbunden wird. Stattdessen wird Deutschlands Energiewende eher als eine logische Konsequenz seiner geringen eigenen Energierohstoffvorkommen verstanden.

- Klimareport (184 Seiten) <http://bit.ly/1ms3h9M>

21. Wasser – Arbeitsgruppe

Die Parlamentsarbeitsgruppe Wasser wird in der neuen Legislaturperiode ihre Arbeit fortsetzen. Schwerpunkte der sog. Water Group werden insbesondere Standards für die Wiederverwendung von Wasser und Frage der effizienten Wassernutzung sein, die Wasseraufbereitung in Privathaushalten eingeschlossen. Weitere Aufgaben werden sich u.a. ergeben aus dem Fortschrittsbericht zu den Flussgebietsmanagementplänen und aus der Folgenabschätzung zu Politikoptionen für eine optimale Wiederverwendung von aufbereitetem Abwasser (z.Zt. Internetkonsultation <http://bit.ly/1n9KkT1>).

22. Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2013

Der Jahresbericht 2013 zur Betrugsbekämpfung liegt vor. Danach war bei den von den nationalen Behörden aufgedeckten Betrugsfällen zulasten des EU-Haushalts im Vergleich zu 2012 wertmäßig ein leichter Rückgang festzustellen. Auf der Ausgabenseite waren EU-Mittel in Höhe von 248 Mio. EUR betroffen (gegenüber 315 Mio. EUR im Vorjahr), was 0,19 % der Ausgaben entspricht und einen Rückgang um etwa 21 % bedeutet. Auf der Einnahmenseite beliefen sich die mutmaßlichen oder nachgewiesenen Betrugsfälle auf 61 Mio. EUR (gegenüber 77,6 Mio. EUR im Vorjahr) bzw. 0,29 % der 2013 erhobenen traditionellen Eigenmittel, was ebenfalls einem Rückgang um 21 % entspricht. Die häufigste Form betrügerischer Handlungen ist die Verwendung gefälschter Unterlagen.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/YUq8Az>
- Jahresbericht 2013 (48 Seiten) <http://bit.ly/Xm9nfT>

23. Scheinehen

Die Kommission hat ein Handbuch mit Leitlinien zur Bekämpfung von Scheinehen veröffentlicht (z.Zt. nur Englisch). Mit dieser praktischen Anleitung soll erreicht werden, dass Scheinehen zwischen EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern in allen Mitgliedstaaten auf Grundlage derselben sachlichen und rechtlichen Kriterien behandelt werden. In einer Mitteilung werden die wichtigsten Instrumente vorgestellt, die den nationalen Behörden die Überprüfung von Scheinehen ermöglichen. Dazu gehören u.a. die gleichzeitigen Befragungen oder gleichzeitig auszufüllende Fragebögen, Unterlagen- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen, Kontrollen durch die Strafverfolgungs- und Einwanderungsbehörden und Kontrollen auf Gemeindeebene, ob das Ehepaar zusammenlebt und einen gemeinsamen Haushalt führt. Hilfreich dürften für die zuständigen Behörden insbesondere die beispielhaft aufgeführten Hinweise auf Verhaltensweisen sein, „welche häufiger bei Ehegatten in einer Scheinehe als bei echten Ehegatten vorzufinden sind“.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1mJ3ENg>
- Mitteilung <http://bit.ly/1pD4gyS>
- Handbuch (Englisch, 47 Seiten) <http://bit.ly/1qPVWvT>

24. Sportwettkämpfe – Manipulation

Die Sportminister des Europarats haben eine Konvention gegen die Manipulation von Sportwettkämpfen verabschiedet. Diese Konvention gegen „Spielmanipulation, illegale Wetten und anderer Formen der Korruption im Sport“ verpflichtet die Vertragsstaaten, wirksame, abschreckende und verhältnismäßige Sanktionen festzulegen, grenzüberschreitend Rechtshilfe zu leisten sowie Empfehlungen im Umgang mit Anbietern von Sportwetten zu erlassen. Verbessert werden sollen vor allem der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und mit den Sportverbänden und Sportwettenanbietern. Die nun auf den Weg gebrachte Konvention bedarf der Ratifizierung durch die Nationalstaaten; sie hat einen weltweiten Anwendungsbereich und steht daher auch nichteuropäischen Staaten offen. Bereits 1985 ist die Europäische Konvention über „Gewalttätigkeiten von Zuschauern“ in Kraft getreten. Sie soll Gewalttätigkeiten und Fehlverhalten von Zuschauern verhüten und bekämpfen sowie die Sicherheit von Zuschauern bei Sportveranstaltungen gewährleisten. Eine weitere Konvention ist die 1990 in Kraft getretene „Konvention gegen Doping“. Sie hat eine Reihe gemeinsamer Normen festgelegt und eine internationale Harmonisierung der Maßnahmen gegen Doping ermöglicht.

- Pressemitteilung Europarat <http://bit.ly/1raj8eg>
- Factsheet »Eine neue Konvention gegen Spielmanipulationen«

25. Arbeitsverwaltungen – Netzwerk

Auf EU-Ebene ist ein Netzwerk aller öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV) eröffnet worden. Das ÖAV-Netzwerk soll, so das Parlament in seiner Entschließung vom 16.4.2014, die Leistung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen anhand relevanter Benchmarks vergleichen, um bewährte Verfahren zu ermitteln, das wechselseitige Lernen zu fördern und insbesondere die Umsetzung der Jugendgarantie und die Strategien und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Die öffentlichen Arbeitsverwaltungen hatten darauf hingewiesen, dass mit einem solchen System Arbeitsmarktprobleme rascher entdeckt und entsprechend reagiert werden könnte.

- Pressemitteilung 23.9.2014 <http://bit.ly/10lBrly>
- Parlament vom 16. April 2014 <http://bit.ly/1oAAvzl>

26. OECD – Jahrbuch 2014

Das statistische Jahrbuch 2014 der OECD liegt vor. Aufbereitete Informationen zu mehr als 100 Indikatoren decken folgende Bereiche ab: Arbeitsmarkt, Bevölkerung, Bildung, Energie, Entwicklungshilfe, Forschung & Entwicklung, Gesundheit, Handel, Industrie, Informations- & Kommunikationstechnologien, Landwirtschaft, makroökonomische Trends, öffentliche Ausgaben, Steuern oder Umwelt. Die dargelegten Daten sind auch online über <http://bit.ly/1tMGu9F> abrufbar und mit eingeschränktem Zugang über das neue OECD-Datenportal <http://bit.ly/ZzilYM>. Die Ausgabe 2014 enthält neue Indikatoren zum Handel auf Wertschöpfungsbasis und zum Klimawandel, die ein besseres Verständnis der Globalisierung und von Umwelttrends ermöglichen.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1uUSzJi>
- OECD in Zahlen und Fakten (262 Seiten) <http://bit.ly/1obqHvD>

27. EU in Zahlen

Die EU stellt 7% der Weltbevölkerung und 23% des weltweiten

Bruttoinlandsprodukts, gefolgt von den USA (22,3 %), China (12 %) und Japan (8 %).

Diese Zahlen sind der Veröffentlichung von Eurostat "The EU in the world" entnommen, in der die EU und 15 der G-20 Staaten verglichen werden. Verglichen werden 13 Statistikbereiche, u.a. Lebenserwartung, Fruchtbarkeitsrate, Säuglingssterbeziffer, öffentliches Defizit, Fischfänge und Aquakulturproduktion, Milcherzeugung, Kohlendioxidemissionen, Schienenpersonenverkehr, Anzahl der beförderten Luftpassagiere

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1un1Tlb>
- EU in Zahlen (Englisch, 178 Seiten) <http://bit.ly/1mp21nG>

28. OECD-Bericht „Bildung“

Je höher der Bildungsabschluss, desto höher das Einkommen. Das ist eine der zentralen Aussagen in dem OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“. Der Bericht enthält Daten zum Aufbau, zur Finanzierung und zur Leistung der Bildungssysteme der 34 OECD-Mitgliedsländer, einschließlich länderspezifischer Aussagen. Danach nehmen die Hochschulbildung und die Studiengebühren zu, es gibt weniger Schulabbrecher und die Lehrerschaft wird immer älter. 37 % der Lehrer an den Sekundarschulen in den EU-Ländern sind im Durchschnitt mindestens 50 Jahre alt. In Deutschland liegt dieser Anteil bei 45 %. Laut Bericht hat der Anteil der Bevölkerung mit Hochschulbildung im letzten Jahrzehnt in den meisten EU-Ländern stetig zugenommen und liegt derzeit bei durchschnittlich 29 %. Allerdings bleibe die EU hinter dem OECD-Durchschnitt von 33 % zurück.

Deutschland gehört zu den Ländern mit dem höchsten Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss des Sekundarbereichs – 86% gegenüber einem OECD-Durchschnitt von 75%. Es ist auch eines der wenigen Länder, in denen die Erwerbslosenquoten zwischen 2005 und 2012 für alle Bildungsbereiche kontinuierlich gesunken sind. 5,3% der jungen Erwachsenen mit einem berufsbildenden Abschluss des Sekundarbereichs II sind arbeitslos, im OECD-Durchschnitt sind es 10,6%. Zwischen 2008 und 2011 erhöhten sich die öffentlichen Ausgaben Deutschlands für Bildungseinrichtungen in allen Bildungsbereichen zusammen um 10%.

Der DIHT hat die OECD Studie kritisiert, weil sie die akademische Bildung zum Maß aller Dinge erklärt und den Wert der beruflichen Bildung in Deutschland nicht gerecht werde. Die OECD weigere sich seit Jahren, die Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung (z.B. Industriemeister, Bilanzbuchhalter, Fachwirt) anzuerkennen. So liege die Arbeitslosigkeit bei Arbeitnehmern mit einer Weiterbildung im beruflichen System niedriger als bei Akademikern.

- Pressemitteilung vom 9.9.2014 <http://bit.ly/1m5u0Zz>
- Bildungsbericht (Englisch, 570 Seiten) <http://bit.ly/1IPEZWU>
- Bereich Deutschland <http://bit.ly/1s1G3tt>
- Pressemitteilung DIHT <http://bit.ly/1rUJZw0>

29. Tourismusförderung für Kommunen

In einer Studie werden die Fördermöglichkeiten für Kommunen im Tourismusbereich erläutert. Die Ausarbeitung „Nachhaltiger und wettbewerbsfähiger Tourismus – neue Fördermöglichkeiten für lokale und regionale Gebietskörperschaften“ untersucht die EU-Programme 2014-2020. Erläutert werden nicht nur die sich durch den europäischen Struktur und Investmentfonds (ESIF) ergebenden Möglichkeiten, sondern auch die Programme COSME , EASI , Europa für Bürgerinnen und Bürger , LIFE + , Kreatives Europa , Erasmus + und Horizont 2020.

- Die Studie ((Englisch, 38 Seiten) <http://bit.ly/1u2QkV7>

30. geb. ist „gestorben“

Das Kürzel „geb.“ muss aus den deutschen Reisepässen verschwinden. Denn nur Deutsche verstehen, was sich hinter diesen drei Buchstaben verbirgt, urteilte der Europäische Gerichtshof am 2. Oktober 2014 (Az.: C-101/13). Für Ausländer reiche die Abkürzung nicht aus, um eindeutig den Geburtsnamen zu erkennen. Neben dem Namen müsse daher in einem eigenen Feld auch der Geburtsname erscheinen, das nicht nur in Deutsch, sondern auch noch in einer anderen Sprache (Französisch, Englisch oder Spanisch) bezeichnet wird.

31. Unionsbürgerschaft

Es gibt ein Internetportal zur Unionsbürgerschaft. Dieses Portal informiert über Fragen im Zusammenhang mit der Unionsbürgerschaft. Alle Staatsangehörige eines EU-Landes sind automatisch Unionsbürger. Die Unionsbürgerschaft ergänzt, ersetzt jedoch nicht die eigene Staatsbürgerschaft.

- Portal <http://bit.ly/1t7mHgZ>
-